

Spangenberg-Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg



Erscheint
wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 1 G. Mk. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 Mk. Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27

Anzeigen
werden die sechs-spaltige 8 mm hohe (Netto) Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Datenvorrichte und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkonten Frankfurt a. Main Nr. 2077.
Annahmehgebühr für Offerten und Anstufung beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 136.

Dienstag, den 17. November 1925.

18. Jahrgang.

Inn' tre der Natur
Dringt kein erschaffner Geist,
Stückelig! wenn sie nur
Die äug're Schale weiß.

Endlich!

Auf Verlangen des englischen Außenministers Balfour hat sich die Völkervereinigung in Paris beschloffen, daß am 1. Dezember mit der Räumung der Kölner Zone begonnen werden soll, wenn zuvor die deutsche Entwaffnung, die als Vorbedingung hingestellt war, die völlige Einigung noch nicht erreicht worden ist. Strittig bleiben immer noch die Punkte, welche die Stellung des Chefs der Heeresleitung General v. Seeckt und die Organisation der Grenzpolizei betreffen. Hierin muß also noch ein Ausgleich stattfinden.

Die Reichsregierung ist von dem Räumungsbegehren der Völkervereinigung sofort durch eine Note in Kenntnis gesetzt worden. Dem dem gleichen Schreiben der Reichsregierung auch die sogenannten „Mindermeinungen“ mitgeteilt worden, die sich aus dem Vertragsverhältnis von Locarno für das besetzte Gebiet ableiten. Es handelt sich zunächst in der Hauptsache um Angelegenheiten auf dem Verwaltungsgebiete. Durch den Abzug des Delegiertenbüros und die Aufhebung sämtlicher Verordnungen der Rheinlandkommission, sowie durch Beschränkung der alliierten Militärbehörden auf wenige Fälle, soll den deutschen Behörden die Verwaltung und Zuständigkeit wiederzugeben werden. Ferner wird eine Verminderung der Besatzungstruppen und eine weitgehende Amnestie für politische Vergehen angekündigt. Alles kommt nun an die Art und Weise an, wie diese Verprechungen in die Tat umgesetzt werden. Man kann nur wünschen, daß die Erleichterungen im besetzten Gebiet so bald wie möglich in Erscheinung treten. Ebenso wünschenswert wäre es, wenn die alliierten Besatzungstruppen ihren Abzug aus der Kölner Zone nach Möglichkeit beschleunigen würden.

Die Völkervereinigung in Paris hat in ihrem Bericht über die Freigabe der Kölner Zone ausdrücklich betont, daß diese Angelegenheit nichts mit dem Vertragswert von Locarno zu tun hat, sondern als Folge der deutschen Abrüstung zu behandeln ist. Die Konferenz hätte der Abrüstung die Ehre geben und hinsichtlich, daß es sich um die Erfüllung eines unauflösbaren deutschen Rechtsanspruches handelt, denn demnach hätte nach den Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles Köln schon am 10. Januar 1925 in deutsche Hände zurückgegeben werden sollen. Als Vorwand für die Verzögerung hat damals die Regierung geltend gemacht, daß die Vorschriften der Pariser Abrüstungsnotiz noch nicht von der deutschen Reichsregierung erfüllt worden seien. Billigerweise hätte nach Locarno durch diese Abrüstungsbedingungen ein Schritt gemacht werden sollen, aber so weit ging auf der Gegenseite die Anschauung über die Gleichberechtigung und die Verhöhnung nicht. Die Franzosen hatten auch nicht über Lust, die Mühsal von Köln bis in das neue Jahr zu verschieben, aber die Reichsregierung und die Parteien sagten ungewöhnlich, wird nicht geräumt, wird auch nicht ratifiziert.

Der Abzug der Entente-Truppen aus der Kölner Zone war aber nicht nur ein unsers zehn Monate hindurch vorenthaltenes Recht, sondern er war eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Die Aufrechterhaltung der Befugnisse des Kölner Gebietes bedeutete eine schwere Schädigung unserer Industrie und des Handels, deren Unternehmungslust dadurch geschwächt wurde. Diese Tatsache aber wirkte zurück auf die Innenpolitik des Reiches, die zur Erfüllung des Komplexes auf eine starke Industrie und eine lebendige Wirtschaft ihrer Fabriken nach dem Auslande anzuweisen war. Die Freigabe Kölns liegt also letzten Endes im eigenen Interesse der Alliierten.

Im Rhein und darüber hinaus in ganz Deutschland wird die Antizipation der Kölner Räumung zweifellos freudig begrüßt werden. Allerdings darf man nicht vergessen, daß die Räumung Kölns am 1. Dezember erst beginnen, nicht aber schon beendet sein wird. Aber die Bewilligung können immerhin noch innerhalb des Jahres hingehen. Das deutsche Recht ist seine Geltung gekommen, und so können wir sagen: Endlich!

Räumung Kölns ab 1. Dezember.

Eine Note der Völkervereinigung.
Die Reichsaussenminister Dr. Stresemann in einer in Düsselburg gehaltenen Rede mitteilte, ist eine Note der Völkervereinigung über die Rückwirkungen in Berlin eingetroffen. Das Reichsministerium hat sich am Montag bereits mit dieser Note beschäftigt.

Aus Pariser Botschaften ergibt sich über den Stand der Entwaffnungsfrage folgendes Bild: Was die Räumung der Kölner Zone betrifft, so haben in den letzten Tagen Verhandlungen zwischen Mitgliedern des militärischen Komitees von Versailles und Delegierten der Reichsregierung aus Berlin stattgefunden, um die wenigen noch strittigen Fragen über die Durchführung der Entwaffnung zu bereinigen. Auf Grund des Ergebnisses dieser Verhandlungen hat die Konferenz unter Beteiligung von Marschall Foch und seinem Generalstab, General Seeckt, beschloffen, daß die Räumung der Kölner Zone am 1. Dezember beginnen soll.

Die Festlegung des Endtermins wurde der Montagmorgens der Völkervereinigung vorgelesen. Man nimmt an, daß die Räumung im Laufe des Monats Januar durchgeführt werden wird.

Die Mindermeinungen.
Was die Mindermeinungen betrifft, die in der Frage des Besatzungsregimes beschloffen wurden, und auf die sich die inzwischen in Berlin eingelaufene Note der Völkervereinigung bezieht, so betreffen sie folgende Fragen:

1. Der deutschen Reichsregierung ist die Ernennung eines Reichskommissars für das besetzte Gebiet in der Person des ehemaligen Völkervereinigung in Madrid Reichsrat Langemann von Gimmern zugestanden worden.

2. Es wird eine vollkommene Revision der Debetenlisten für das besetzte Gebiet vorgenommen. Dessen Zahl wird von 300 auf 30 herabgesetzt.

3. Die Befugnisse der deutschen Gerichte werden ausgedehnt. Die Kompetenz der Kriegsverichte wird beschränkt auf Vergehen, die ihnen ihrer Natur nach zukommen. Die deutschen Gerichte werden wieder das Recht haben, über alle anderen Fälle Recht zu sprechen.

4. Die Einmischung der Alliierten in die deutsche Verwaltung beschränkt sich von nun an ausschließlich auf die notwendigen Maßnahmen für die Sicherung der Truppen.

5. Das Delegiertenbüro im Rheinland wird beibehalten.

6. Es werden weitgehende Amnestiemaßnahmen für alle diejenigen erlassen, die im besetzten Gebiet verfolgt wurden, und für diejenigen, die sich auf Grund von Zustimmungen mit den Besatzungsbehörden Staffeln dergestalt zugewogen haben.

7. Schließlich ist, wie einige Blätter feststellen, auch eine Revision der Urteile der Kriegsverichte in Aussicht genommen.

8. Endlich wird ein neues System für die Unterbringung der Truppen geschaffen. Die öffentlichen Gebäude werden freigegeben, was durch eine praktische Regelung der Kasernierung der Besatzungstruppen, deren Zahl wesentlich herabgesetzt werden wird, ermöglicht werden soll.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 17. November 1925.
:: Kabinettsrat über die Mindermeinungen. Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten trat am Montag morgen 11 Uhr der Kabinettsrat zusammen, um sich über in der Völkervereinigung am vergangenen Sonntagabend beschloffenen Note über Erleichterungen im Regime der besetzten Gebiete Stellung zu nehmen.

:: Verstärkung des Kolonialkrieges mit Spanien. Die spanische Regierung hat in Ergänzung der bisherigen Kampfmaßnahmen gegen die deutsche Einwirkung am 14. November eine königliche Verordnung veröffentlicht, wonach deutsche Waren auch in den spanischen Kolonien einem Zollaufschlag von 80 Proz. unterliegen.

:: Die Deutsche Volkspartei zur Frage des Konfessionsrats und des Schulgesetzes. Die Deutsche Volkspartei hielt in Berlin eine Sultung ab, in der einstimmig eine Entschließung zur Konfessionsratsfrage angenommen wurde, wonach die Form des Konfessionsrats für Verträge zwischen Staat und Kirche abzulehnen sei und Vereinbarungen zwischen den Staaten und den Kirchen nur, wenn überhaupt unvermeidlich, zulässig seien über die Frage der Kirchenorganisation und der Staatsleistungen an die Kirchen. Weiter

wird in der Entschließung zum Ausdruck gebracht, daß für die Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Schule nur der Religionsunterricht als Gegenstand in Betracht kommt, wobei die alleinige Schulaufsicht des Staates streng zu wahren sei. — Eine zweite Entschließung spricht sich gegen den Reichsschulgesetzentwurf aus.

:: Mandatsentwurf. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Ewovig in Kletendorf bei Breslau hat sein Mandat niedergelegt, ebenso die Nemter als Amts- und Gemeindevorsteher und seine verschiedenen Ämter. Gegen Ewovig schwebte schon seit langem eine Untersuchung wegen Mißbrauchs seiner Stellung als Amtsvorsteher.

Das Deutschnationale „Nein“.

Der Parteitag heißt es einstimmig gut.
Der Ordentliche Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei nahm am Sonntag vormittag im Plenarsitzungsaal des Preussischen Landtages mit einer aus allen Teilen des Reiches außerordentlich stark besuchten Tagung der Parteivorrichtung seinen Anfang. In den Ausführungen kam das uneingeschränkte Vertrauen zur Parteileitung zum Ausdruck. Auf der Tagesordnung des Parteitages, der am Montag im Kriegervereinshaus stattfand, stand unter anderem der Vertrag von Locarno.

Nach der Begrüßung des Parteivorstehenden Dr. Winkler hielt Graf Westarp das 1½ stündige Referat über

die deutsche Außenpolitik, wobei er besonders auf die Stellung der Deutschnationalen zu dem Vertrag von Locarno einging. Die Bedenken der Partei gegen den Pakt fasste er in vier Grundgedanken zusammen. Erstens sei der Verzicht auf deutsches Land und Volk weder durch einen eindeutigen Vorlaut noch durch ein wirksames Sanktionsrecht ausgedrückt; zweitens sei auf die schwierige Stellung Deutschlands zwischen Ost und West nicht genügend Rücksicht genommen worden; insbesonders genüge die Kollektivnote zu Artikel 16 der Völkervereinigung weder formell noch materiell; drittens sei die volle Gleichberechtigung Deutschlands nicht erreicht worden, wie sich aus der Behandlung der Abrüstungsfrage ergebe, und viertens seien die Auswirkungen unzureichend; insbesondere sei von der geforderten Verklärung der Besatzungsrisiken überhaupt nicht mehr die Rede.

Graf Westarp betonte u. a., daß die deutschen nationalen Minister von sich aus ihren Rücktritt erklärt hätten, da sie den Vertrag für unannehmbar hielten. Die Reichstagsfraktion hätte lediglich diesen Entschluß gutgeheißen. Meinungsverschiedenheiten hätten überhaupt nur darüber bestanden, wann die deutschen nationalen Minister zurücktreten sollten, nicht aber ob sie aus der Regierung ausscheiden sollten.

Die Ansprache.
an der sich fünf Redner, darunter die Abg. Wallrat und Hergt, beteiligten, ergab volle Einmütigkeit in der Ablehnung der Verträge von Locarno. Für Großadmiral v. Tirpitz, der am Eröffnen verbindlich war, hatte der Parteivorsteher Abg. Dr. Winkler, schon in seiner Eröffnungsrede seinen ablehnenden Standpunkt zum Ausdruck gebracht. Der Parteitag billigte dann einstimmig eine längere

Entschließung.

in der zunächst die von Graf Westarp aufgeführten Grundgedanken kurz angefaßt werden. Dann heißt es weiter:

Das Vertragswerk von Locarno ist deshalb für die Deutschnationale Volkspartei unannehmbar.

Die Paraphierung der Verträge von Locarno im Widerspruch zu der vordrüber Unverbindlichkeit der Verhandlung bedeute eine entehrende Verhöhnung der Verhandlungslage zu Ungunsten Deutschlands. Die Ausleugung, die ein ere Gegner im Hinblick auf die Verantwortungen der Vertragstieger ihren wichtigsten Punkten abgeben, lassen die für Deutschland bedenklichen und gefährlichen Seiten des Vertragswerkes deutlich erkennen. Trotzdem bieten die deutschen Unterhändler an dem Standpunkt fest, daß eine Änderung ihrer Vornahmen nicht möglich sei. Eine den deutschen Lebensinteressen entsprechende Befreiung der Verträge war also nicht mehr zu erreichen. Dieser Auffassung ist dadurch Ausdruck gegeben worden, daß die Resolution des Reichstages dem Rücktritt der deutschnationalen Kabinettemitglieder zugestimmt hat.

In einmütiger Geschlossenheit ruft der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei auf: zum rücksichtslosesten Kampf gegen das Werk von Locarno, gegen eine schwere Gefahr für Deutschlands Freiheit und Zukunft.

ungungsrichter den Auftrag erhalten zu haben, die Standbe nach dem Untersuchungsprotokoll in der Strafanstalt überzuführen. Da die Beamten der Gefängnisverwaltung dem Ersuchen nicht nachgeben wollten, zogen sie an der zuständigen Stelle telephonisch Erkundigungen ein, worauf ihnen der Befehl wurde, daß keinerlei Auftrag zu einer Ueberführung erteilt werden sei. Als die drei Männer bemerkten, daß man ihnen mißtraute, entzerrten sie sich sofort.

Es gelang jedoch, den Anführer festzustellen und die Namen der Mithilfe zu ermitteln. Es stellte sich heraus, daß der Anführer ein Uebersetzer war. Er ist bereits einer Verurteilung schuldig geworden. Die beiden Kraftwagenführer hatten keine Ahnung, daß sie Schwindler in die Hände gefallen waren.

Die Wirtschaftlerin Neumann ist infolge der langen Untersuchungsdauer sehr niedergedrückt. Der Arbeiter Gante ist abermals eingehend verhört worden und gesteht nach wie vor jede Beteiligung an der Mordtat. Die Beichtigung des Arbeiters Paschel weist er entschieden zurück.

Von ägyptischen Mumien.

Was sind Mumien?

Die nunmehr gelungene Ausgrabung der berühmten Mumie des ehemaligen ägyptischen Königs Tutankhamun hat die Frage der Mumienbildung wieder besonders zeitgemäß werden lassen. Was ist unter einer Mumie zu verstehen? Eine Mumie ist ein durch Balsamierung vor Verwesung geschützter organischer Körper.

Der, um mehren mumifiziert werden mensliche Leichname. Die ältesten Mumien hat das britische Museum von Wien in Unterägypten aufbewahrt. Die Mumie der Königin der Mumien ist zum Teil gelblich, zum Teil violettbraun, mütterlich auch schwarz. Die in Memphis gefundenen Mumien, die ein sehr hohes Alter bekunden, sind zu vollkommen schwarz. Außerdem sind sie dorthin fast eingetroffen, daß sie jetzt ausgedienten. In späteren Zeiten wurden von den alten Ägyptern auch die Körper sogenannter höherer Tiere, wie Kagen, Krottille, Elter, etc. usw. einbalsamiert.

Die Frau, das Kind die Engländer Dr. Elliot Smith und Warren Dawson über die ägyptischen Mumien veröffentlicht haben, widmet ein Kapitel dem Versuch der pathologisch-medizinischen Untersuchung der Mumien, der auch in Vorkriegszeiten Beachtung finden wird. Die Methode, die die Mumien untersuchen, haben dabei in vielen Fällen die Krankheiten festgestellt können, unter denen die Ägypter gelitten hatten. Bemerkenswert ist dabei besonders, daß bei den verschiedenen Perioden angehörenden Mumien zahlreiche Fälle von Malaria beobachtet wurden.

Einer der interessantesten Fälle ist aber der, der den Marmel echer Blick führen ließ. Der Verstorbene war ein Mann mittleren Alters mit langem, weißem Haupthaar und Bart, der, wie festgestellt werden konnte, ein Mitglied der fremdländischen Christengemeinden war, die sich bei dem Tempel der Insel Philae angelagert hatten. Die Fäße der Mumie, insbesondere aber die großen Zehen, zeigen die charakteristischen Wucherungen, die die Krankheit hervorbringt. In unabweisbarer Weise. Gift war über-

naupt die bei den alten Ägyptern am meisten verbreitete Krankheit. Männer und Frauen haben ebenfalls schon vor der historischen Zeit an dieser Leiden gelitten.

Die Gift kann daher als die älteste Krankheitsursache gelten, und man kann ohne Ueberzeugung annehmen, daß selbst in der prähistorischen Zeit ein Bewohner Ägyptens von ihr verdonnert worden ist. Was nun die Pharaonen betrifft, so unterliegt es nach dem Mumiensindung keinem Zweifel, daß sie bei Gebeliten unter entlegenen Bahnhöfen gelitten haben. Dieser Schluß rechtfertigt sich durch die Körper von Jahrgeschwülsten, die an den Mumiensindungen festgestellt worden sind, und die erkennen lassen, daß sie von rasenden Zahnschmerzen geplagt gewesen sein müssen. Das gilt insbesondere für den letzten Pharaon, den König Amenophis III., der sehr schmerzhaft gelitten haben muß.

Dr. Elliot Smith erwähnt weiterhin einen bemerkenswerten Fall, zu dessen Entscheidung die Untersuchung der Mumien seiner Hand führte. Er konnte feststellen, daß den Sterbenden Kindern als letztes Heilmittel eine Maus im Fell verabreicht worden war. Die Maus spielt, wie der englische Arzt anführt, in der Volksmedizin bis heutigen Tages an den verschiedensten Orten als Heilmittel bei Krankheiten eine wichtige Rolle und hat einen außerordentlich großen geographischen Ausdehnungsbereich. Die Verabreichung eines Volksmittels, das mindestens schon vor sechs Jahrtausenden in verzweifeltem Fällen von Kinderkrankheiten angewandt wurde, bis auf unsere Zeit, ist ein Fall, der ohne Beispiel in der Geschichte der Medizin ist.

Nachruf.

Pflichtlich und unerwartet verschied unser armer Kamerad, Turn- und Parteigenosse, Herr

Friedrich Nier

im 29. Lebensjahre.

Wir verlieren in dem allzufrüh Dahingeshiedenen einen pflichtbewußten treuen Republikaner. Wir werden ihm allezeit ein ehrendes Andenken bewahren.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Bannergruppe Spangenberg.

Turnverein „Jahn“ Spangenberg.

G. P. D.

Ortsgruppe Spangenberg.

Nachruf.

Nach kurzer, hartnäckiger Krankheit verschied am Freitagabend der Weber,

Herr

Friedrich Nier.

Der Verstorbene war seit Jahren in meinem Betriebe tätig und ich verliere mit ihm einen strebsamen, ehrlichen Arbeiter, dessen Andenken ich in Ehren halten werde.

G. W. Salzmann.

Spangenberg, den 16. Oktober 1925.

Zum Gedenktag

unserer lieben Entschlafenen empfehle

Kränze, Kreuze, Straußchen usw.

In geschmackvoller Ausführung. Auf Wunsch mit frischen Blumen.

Ferner:

FrISCHE Topf- u. Schnittblumen zu jeder Jahreszeit.

Bitte unser Schaufenster zu beachten.

Gärtnerei Pasche

Fernruf 57.

Fernruf 57

Wir suchen

verkäufliche Häuser

jeder Art zwecks Unterbreitung an Kaufinteressenten. Angebote von Selbstgegnütern erwünscht an den Verlag

Haus- u. Grundbesitz

Frankfurt a M. Zell 51.

Gemischter Chor

„Liederkänzchen“

Donnerstag abend

Gesangsstunde

Der Vorstand.

Inserieren bringt Gewinn!

Dixie

Henkel's Seifenpulver

Ein

Seifenpulver

von

ausgezeichneter

Waschkraft

und

Ergiebigkeit!

Zum Totenfest

offerieren wir

Kränze, Kreuze, künstl. Blumen

in jeder gewünschten Ausführung, zu nur denkbar niedrigsten Preisen.

Freie Belieferung bei Sammelaufträgen auch ausserhalb.

Salzmann'scher Gartenbaubetrieb

Fernruf 36

Fernruf 36

Thomasmehl u. Kali

Georg Meurer.

Wasserleitung

Die Stadt hat unterm 15. 9. 25 einen Nachtrag (XI. Nachtrag, zur Wasserwerksordnung erlassen, der den § 13 (Douschlüsse) ändert und unterm 2. 11. 25 — B. N. 2199/25 — vom Bezirksauschuss genehmigt worden ist. Der Nachtrag kann auf dem Rathause eingesehen werden.

Spangenberg, den 15. 11. 25.

Der Magistrat,
Sauer.

Kirchliche Nachrichten.

Buß- und Bettag

Gottesdienst in

Spangenberg:

Vormittags 10 Uhr: Kreispfarrer Schmitt
Nachmittags 2 Uhr: Pfarer Schönwald.

Übersdorf:

Nachmittags 1 Uhr: Kreispfarrer Schmitt.

Schnellrode:

Vormittags 10 Uhr: Pfarer Schönwald.

Wir empfehlen uns zur Lieferung von:

Kanholz nach Listen

Stollen — Spalier- und Dachlatten

Fußboden

mit und ohne Nut und Feder

Raubspund, Fußleisten, Lamberholz, Schalholz

Lischlerholz

An- u. Verkauf von Rund- u. Brennholz jeder Art

Lohnschnitt

Billigste Tagespreise auf Anfrage.

Heinz & Salzmann

Fernruf 2

Spangenberg

Fernruf 2

In den nächsten Tagen trifft ein Waggon

Ausföhlen und Britetts

ein. Bestellungen nimmt entgegen.

Georg Meurer.

Was ???

Sie kennen sie noch nicht,



die Patent Erhaco-Spange mit dem Drehstckverschluss

Die einzige Spange ohne Reparatur

die Königin aller Spangen. Sie allein gibt jeder Frisur das vollendete Aussehen. Ausgedinet mit 2 deutschen Reichspatenten. Patente in allen Kulturländern. Ueberall zu haben. Wo nicht, geben Verkaufsstellen bekannt die alleinigen Erfinder und Fabrikanten

SANITARIA, Cassel-R., Fernruf 1767 u. 6649.